

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuendörf

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 30 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortsbereich 2,15 Mk. in Württemberg
2,25 Mk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die Gar-
montheile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Pettzeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 30 Pfg.

Nr. 24

Dienstag den 28. Januar 1919

36. Jahrgang.

Entschließungen der Friedenskonferenz.

Die Konferenz der Vertreter der feindlichen Staaten in Paris, hatte nach einer Neutermeldung einen Arbeitsplan für die zweite öffentliche Sitzung am 25. Januar aufgestellt, dessen einzelne Punkte von der Versammlung restlos angenommen wurden. Die einzelnen Entschließungen betreffen: 1. Völkerbund. 2. Verlegung der Kriegsgesetze. 3. Wiedergutmachung der Schäden. 4. Internationale Gesetzgebung über Industrie- und Arbeiterfragen. 5. Internationale Kontrolle der Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen.

Der Entwurf der Entschließungen besagt in Bezug auf den Völkerbund, die Friedenskonferenz habe nach Erwägung der Vorschläge für die Schaffung des Völkerbunds beschloffen:

1. Es ist für die Aufrechterhaltung der Neuordnung der Welt wesentlich, daß der Völkerbund geschaffen wird, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern, die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen zu sichern und Sicherungen gegen den Krieg vorzusehen.

2. Der Völkerbund soll als Hauptbestandteil in den allgemeinen Friedensvertrag aufgenommen werden. Er soll jeder zivilisierten Nation offen stehen, die Gewähr dafür bietet, daß sie seine Ziele fördert.

3. Die Mitglieder des Völkerbunds sollen regelmäßig in internationalen Konferenzen zusammentreten und eine beständige Organisation und ein Sekretariat unterhalten. Die Konferenz bestimmt daher eine Kommission von Vertretern der assoziierten Regierungen, um die Einzelheiten der Bestattung und der Organisation des Bundes auszuarbeiten. (Die Mitglieder dieser Kommission sind für die Ver. Staaten Wilson und Oberst House, für Großbritannien Lord Robert Cecil und General Smuts, für Frankreich Leon Bourgeois und Larnaude, für Italien Orlando und Scialoja, für Japan Vicomte Gihnda und Cohni.)

Der Entwurf der Entschließung betr. die Verlegung der Kriegsgesetze lautet:

Eine Kommission, bestehend aus je 2 Vertretern von 5 Großmächten und 5 Vertretern anderer noch auszuwählender Mächte hat über folgendes Erhebungen anstellen und Bericht zu erstatten:

1. Verantwortlichkeit der Urheber des Kriegs.
2. Verlegung der Kriegsgesetze und Bräuche, die von den Streitkräften des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten auf dem Lande, zur See und in der Luft während des Krieges begangen wurden.

3. Die Abstinenz der Verantwortlichkeit für diese Verlegungen, sofern sie sich auf einen einzelnen Angehörigen der feindlichen Streitkräfte, einschließlich der Mitglieder der Generalstäbe und anderer Personen, so hoch sie auch stehen mögen, beziehen.

4. Zusammenfassung und Verfahren des Gerichtshofs, um derartige Verlegungen festzustellen.

Die der Kommission vorzulegende Entschließung betr. die Wiedergutmachung besagt, daß Kommissionen mit nicht mehr als 2 Vertretern Belgiens, Griechenlands, Polens, Rumaniens und Serbiens bestimmt werden sollen, um

1. über die Höhe der Entschädigungen, die die feindlichen Länder zahlen müssen, Untersuchungen anzustellen;
2. über das, was diese zu zahlen fähig sind;
3. über die Art, Form und Zeit, innerhalb welcher die Zahlung erfolgen könnte.

Die Entschließung betr. die internationale Gesetzgebung in Industrie- und Arbeiterfragen besagt, daß eine Kommission, bestehend aus 2 Vertretern von je 5 Großmächten und 5 anderen auf der Friedenskonferenz vertretenen Mächten ernannt werden soll, um die Arbeitsbedingungen vom internationalen Gesichtspunkt aus zu untersuchen und über Mittel und Wege zu beraten, um eine einheitliche Handlung zu sichern und eine ständige Kommission zusammenzustellen, die derartige Untersuchungen und Erörterungen in Verbindung mit dem Völkerbund und unter seiner Leitung fortsetzen soll.

Wilson über den Völkerbund.

In der zweiten öffentlichen Sitzung des Friedenskongresses am 25. Januar hielt Präsident Wilson eine Ansprache, in der er ausführte: Der Völkerbund er-

scheint mir notwendig für weite Zwecke. Es ist begreiflich, daß manche Vereinbarungen noch spätere Beratungen nötig machen. Es ist daher nötig, daß wir irgend eine Einrichtungs treffen, durch die die Arbeit der Konferenz vervollständigt wird. Ich kann ohne Übertreibung sagen, daß wir nicht die Vertreter der Regierungen, sondern die Völker sind. Der Krieg hat in ungeheurer Weise die Bevölkerung aller davon betroffenen Länder in Mitleidenschaft gezogen. Wir haben die heilige Pflicht, dauerhafte Abmachungen zu treffen, die verbürgen, daß Gerechtigkeit geschieht, und daß der Friede gesichert wird. In dieser Hinsicht sind die Vereinigten Staaten daran weniger interessiert, als die anderen hier versammelten Nationen, da es bei ihnen weniger als bei den vielen anderen Nationen wahrscheinlich ist, daß sie unter einem feindlichen Angriff leiden werden. Der Eifer der Vereinigten Staaten entspringt nicht der Furcht und dem Argwohn, sondern ihren Idealen. Wir müssen den Völkerbund zu einer Lebensfrage machen, nicht zu einer formellen Angelegenheit, zu einer Gelegenheitsfrage. Er soll das Auge der Nationen sein, das über die gemeinsamen Interessen wacht.

Die auserwählten Klassen sind nicht mehr die Herrscher der Menschheit. Das Schicksal der Menschheit liegt jetzt in der ganzen Welt in der Hand des einfachen Mannes. Die Vertreter der Vereinigten Staaten betrachten den Völkerbund als den Grundstein des neuen Programms, in dem unsere Absichten, unsere Ideale in diesem Kriege zum Ausdruck gelangen als etwas, was die uns angeschlossenen Nationen als Grundlage für die "gelungen angenommen haben. Wir würden es nicht wagen, auch nur einen einzigen Punkt des Programms unserer Instruktionen anzustreifen. Wir werden nicht wagen, als Vorkämpfer der Sache dieses Weltfriedens in irgend einem Punkte ein Kompromiß zu schließen. In dieser gerechten Haltung, diesem Grundsatze, daß wir nicht die Herren, sondern die Diener eines Volkes sind, müssen wir darauf sehen, daß jedes Volk der Welt seine eigenen Herren wählen und sein eigenes Schicksal bestimmen soll, nicht wie wir es wünschen, sondern wie es selbst wünscht. Wir sind, kurz gesagt, zu diesem Zwecke hier, um darauf zu halten, daß auch mit den Grundlagen dieses Kriegs ausgeräumt wird, die von kleinen Coterien, von Herrschern und Militärstäben errichtet wurden, den Grundlagen des Angriffs großer Mächte auf kleine, des Zusammenhaltens von Reichen mit widerstrebenden Unterthanen durch den Zwang der Waffen, durch die Macht kleiner Körperschaften, die Menschen dazu zwingen, ihren Willen auszuführen, und sich der Menschen bedienen, als ob sie Figuren in einem Spiel wären. Nichts weniger als die Befreiung der Welt von diesen Dingen wird den Frieden herbeiführen. Und diese Grundlinien wurden von allen den hochherzigen Männern angenommen, die mit denen, die an diesem großen Unternehmen dienen, zu tun hatten.

Die amerikanischen Soldaten kamen als Kreuzfahrer, nicht nur um den Krieg zu gewinnen, sondern um der guten Sache zum Siege zu verhelfen. Ich schulde ihnen Verantwortung, denn mir ist die Aufgabe zugefallen, das Programm, für das ich sie zum Kampfe aufforderte, zu formulieren, und ich muß ebenso wie sie als Kreuzfahrer für diese Dinge eintreten, um jeden Preis und was immer auch geschehen muß, das Ziel, für das sie kämpften, zu erreichen.

Wood George ergriff nach der Rede Wilsons das Wort. Er habe das Bedürfnis zu sagen, mit welcher Begeisterung das britische Volk dem Vorschlag Wilsons zustimme. Er habe bei der Fahrt durch die verwüsteten Gebiete so recht gesehen, welchen Wert der Völkerbund habe. Es sei Zeit, andere Methoden für die Beilegung der Völkerstreitigkeiten zu finden als diese organisierte Schlächtere. Daß man zu dieser Lösung schreite, bedeute schon einen Erfolg.

Der französische Ministerpräsident Clemenceau hob hervor, daß bei den Beschlüssen über den Völkerbund die großen Mächte der Alliierten die ausschlaggebende Stimme haben müßten. Als darauf von Vertretern der kleineren Staaten Widerspruch erhoben wurde, erwiderte Clemenceau, die Großmächte haben 12 Millionen Soldaten gestellt und Millionen Menschen geopfert; es sei daher ihr Recht, allein über das Schicksal der Welt zu bestimmen. Er erklärte sich gegen die Teilnahme von einer Anzahl von Vertretern, da dies die

gier Dumas forderte Clemenceau die kleinen Staaten auf, ihre Ausschusmitglieder zu wählen und schloß dann die Sitzung.

Neues vom Tage.

Von der Reichsverfassung.

Berlin, 27. Jan. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, hat sich der Ausschuss der Vertreter der Regierungen der deutschen Freistaaten gestern auf den Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes für die Reichsregierung geeinigt, der der Nationalversammlung zur sofortigen Beschlussfassung vorgelegt werden soll, wenn er die Zustimmung der Reichsregierung findet. In dem Entwurf wird auf die Bildung einer Regierung aus mehreren Parteien (Sozialdemokraten und Demokraten) Bedacht genommen. Ferner kommt die Mitwirkung der Regierung der Freistaaten bei der Nationalversammlung und bei der Reichsregierung in Frage. Das vorläufige Grundgesetz soll die zuständige Gewalt schaffen bis auf Grund der von der Nationalversammlung zu beschließenden Reichsverfassung die endgültigen Regierungsgewalten festgestellt sein werden. Es soll ferner die Bildung des Reichsministeriums in die Wege geleitet werden. Damit wird eine vorläufige Verfassung geschaffen sein, deren Berechtigung zur Vertretung des Deutschen Reichs nach außen hin nicht mehr angezweifelt werden kann, und die befugt ist, im Innern unanfechtbare gesetzliche Anordnungen zu treffen. Erst in späteren Jahren wird man die schweren Gewissensbedenken verstehen, die nach der Umwälzung die Richter und die übrigen Justizbeamten mancher der von den neuen Gewalthabern getroffenen Anordnungen bezüglich ihrer Rechtsgültigkeit haben mußten.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 27. Jan. Marshall Koch hat den Protest der deutschen Waffenstillstandskommission gegen den von ihm im besetzten Gebiet für den Eisenbahnbetrieb angeordneten 10stündigen Arbeitstag (statt bisher 9 Stunden) abgelehnt, dagegen hat er sich bereit erklärt, den Eisenbahngesellschaften die erforderlichen Lebensmittel gegen Barzahlung zur Verfügung zu stellen.

Der Verkehr über den Rhein.

Berlin, 27. Jan. Die Ausfuhr vom linksrheinischen Rheinstrom in das rechtsrheinische unbesetzte deutsche Gebiet ist durch eine Verfügung des Marshalls Koch geregelt worden. Wirtschaftsabteilungen, die den örtlichen Militärkommandos unterstehen, werden beauftragt, die allgemeinen und insbesondere jene Belege zu sammeln, deren der Wirtschaftsausschuss zur Verteilung der Rohstoffe und Fertigerzeugnisse bedarf. Sie haben das Recht, Ausfuhrbewilligungen nach den deutschen, nicht besetzten Gebieten zu erteilen. Ausfuhrbewilligungen nach Elsaß-Lothringen den alliierten und neutralen Ländern werden bis zu weiteres von den Abteilungen mit begründeten Gutachten an den Wirtschaftsausschuss weitergegeben, der entscheidet an den. Offiziere der alliierten Heere werden von den alliierten Ausschuss nach den verschiedenen Zonen entsandt werden, um die Fabrikation zu überwachen und die Einnahmen nachzuprüfen.

Zum 27. Januar.

Berlin, 27. Jan. Dem Kaiser widmen die „Deutsche Tageszeitung“, die „Arenzzeitung“, „Tägliche Rundschau“, „Deutsche Zeitung“, „Neueste Nachrichten“ und „Berliner Lokalanzeiger“ Artikel zum 27. Januar.

Die Spartakisten.

Braunschweig, 27. Jan. Die gestrige Konferenz von Arbeiter- und Soldatenräten aus Braunschweig, Stendal, Düsseldorf, Leipzig, Gießen, Celle, Hannover, Hamburg, Oldenburg, Bremen, Merseburg u. a. O. nahm eine Entschließung an, daß die politische Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte bleiben müsse, mindestens so lange, bis die sozialistische Revolution durchgeführt sei. Wenn die Nationalversammlung hierin versage, so habe sie abzutreten. Eine andere Entschließung fordert eine von Berlin unabhängige „nordwestdeutsche Republik“, die umfassen soll: Sachsen, Thüringen, Hessen nördlich des Main (auch Hessen-Rosau), Rheinland, Westfalen, Hannover, Oldenburg, die Hansestädte, Schleswig-Holstein, Braunschweig, Altmark und Anhalt und Pommern. Die Part.



Der Krieg im Osten.

Danzig, 27. Jan. Nach neueren Messungen haben die Polen ihre Front zurückverlegt. Infolge des Kahlmangels soll die Versorgung des polnischen Heeres mit Munition mangelhaft sein.

Berlin, 27. Jan. Wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ aus Opatow berichtet wird, fand am Samstag in Oberschlesien ein Gefecht zwischen Tschechen und Polen zwischen Petrowitz und Karwin statt. Die Tschechen waren etwa 20000 Mann stark. Die Polen haben erhebliche Verstärkungen erhalten. Der Kampf blieb anscheinend unentschieden.

Wie verschiedene Morgenblätter melden, haben die Polen Bomsch und Unruhstadt (Posen) kampflos besetzt. Sie führten Maschinengewehre mit sich. Die Besetzung von Bomsch bildete eine Bedrohung des Bahnhofs Deutschen, von dem die Stadt in südwestlicher Richtung nur etwa 12 Kilometer entfernt sei.

Libau, 27. Jan. Amtlich wird mitgeteilt, daß der Zweck der Anwerbung von deutschen Freiwilligen im Baltentland nicht die Aufstellung einer Polizeitruppe ist, sondern daß es gilt, den zunächst gegen Ostpreußen gerichteten Vormarsch der Bolschewisten zurückzuschlagen.

Wie nach Säuberung Ostlands von den bolschewistischen Truppen nunmehr einwandfrei festgestellt ist, haben die roten Verbände in den von ihnen besetzt gewesenen Gebieten trotz der kurzen Zeit ihrer Herrschaft geradezu bestialisch gewütet. In Dorpat sind über 300 Angehörige der bürgerlichen Kreise von ihnen ermordet worden, im Kreis Wendenberg nahezu 300. Inzwischen ist erfreulicherweise auch ihr Vormarsch in Kurland in Richtung auf Libau zum Stillstand gebracht worden. In einem Angriff haben am 25. und 26. Januar die reichsdeutschen Freiwilligentruppen die über die Windau vorgegangenen, an Zahl weit überlegenen bolschewistischen Abteilungen über den Fluß zurückgetrieben. Die Bolschewisten erlitten sehr erhebliche Verluste und ließen beträchtliches Material in den Händen der Deutschen. Die deutschen Verluste sind gering.

Von der Friedenskonferenz.

London, 27. Jan. (Reuter.) Lord Robert Cecil erklärte in einer Rede über den Völkerbund, daß die Schweiz gegenwärtig ein Projekt prüfe, das ihr einen Zugang zum Meere verschaffen soll.

London, 27. Jan. „Daily News“ erfahren, die Vertreter Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten können Ende März oder Anfang April nach Paris berufen werden, vorausgesetzt, daß Deutschland bis dahin eine geordnete Regierung habe.

London, 27. Jan. „Morning Post“ meldet: Die Verbandskonferenz erklärte alle gewaltsamen Gebietsveränderungen, soweit sie außerhalb der Bedingungen des Waffenstillstands stehen, für rechtswirksam.

Paris, 27. Jan. (Habe.) Präsident Wilson mit Gemahlin verließ gestern morgen in Begleitung des Admirals Brawn und der Generale Hart und Beirat Paris im Automobil, um Chateau Thierry und Reims zu besuchen. Sie besichtigten am Nachmittag das Fort De la Pompelle. Um 9.30 Uhr abends fuhren sie nach Paris zurück.

Die Suche nach den Schuldigen.

Paris, 27. Jan. Den Blättern wird aus Brüssel gemeldet, daß Belgien in Einverständnis mit Frankreich und England die Anregung zur Durchsicht der Berliner amtlichen Akten geben werde. (Die Untersuchung könnte Deutschland nur willkommen sein unter der Voraussetzung, daß auch die diplomatischen Aktenstücke von Paris, London, Brüssel, Petersburg und Rom von Unparteiischen erforscht werden. D. Schr.)

Paris und Bern.

Berlin, 27. Jan. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, es sei kein Zufall, daß in Bern die Internationalen Sozialisten zu gleicher Zeit zu einer Konferenz versammelt sind, wo in Paris die Friedenskonferenz der Verbündeten tagt. Für die Beschlüsse und die Auswirkung der Internationalen Konferenz werde es entscheidend sein, wer in Paris Recht behält, Clemenceau oder Wilson. Letzten Endes werde die Internationale den Frieden, der in Paris gemacht wird, zu bestätigen haben und es könnte geschehen, daß die Geschichte einst einen ihrer archimedischen Punkte (d. h. der Punkte, von denen aus das Weltgeschehen die entscheidende Wendung nimmt. D. Schr.) nicht in Paris, sondern in Bern findet.

Die Wahlen in Berlin.

Berlin, 27. Jan. Die bis jetzt für Berlin bekannten Wahlergebnisse für die preuß. Landesversammlung zeigen für 44 von 48 Abteilungen folgendes Stimmenverhältnis: Sozialdemokraten 310 811, Unabhängige Sozial. 245 043, Deutsche Demokraten 130 811, Deutsche Nationale 89 145, Christliche Volkspartei 50 282, Deutsche Volkspartei 45 444. Voraussichtlich entfallen auf die Soziald. 8, die Unabh. 6, die Demokr. 3 und die Deutsch-Nat. 2 Abgeordnete, ferner auf die Deutsche Volkspartei und das Zentrum je 1 Abgeordneter.

Forderungen der Eisenbahnbeamten.

Mannheim, 27. Jan. Eine Eisenbahnerversammlung, die von 2500 Beamten aus ganz Baden besucht war, verlangte in einer Entschliessung von der Regierung eine weitere Steuererhöhung von 500 Mk. und stellte der Regierung eine Frist bis zum 31. Januar. Im Fall der Ablehnung soll die Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgesetzt werden. Eine zweite Entschliessung spricht sich für die Schaffung von Reichseisenbahnen aus.

Die „deutschen Akten“.

Berlin, 27. Jan. Belgische und holländische Zeitungen bringen Artikel über deutsche Akten, aus denen sich ergeben soll, daß Deutschland die Absicht gehabt habe, Belgien in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. In Wirklichkeit handelt es sich um die Arbeiten einer von dem Generalgouverneur in Belgien zu Studien-

zwecken eingesetzten Kommission. Sie hatte die Aufgabe, die Frage des künftigen Verhältnisses Deutschlands zu Belgien nach allen Richtungen hin zu untersuchen. Die Kommission erblickte ihre Aufgabe im Wesentlichen in dem Studium der wirtschaftlichen Fragen und zwar war sie bestrebt, eine Regelung zu finden, die es ermöglichen sollte, die bisherigen engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien im beiderseitigen Interesse zu verfestigen. Die Kommission hatte einen entsprechenden Vorschlag ausgearbeitet. Dieser war der Reichsleitung als Material vorgelegt worden. Die Reichsleitung hat dazu indes keine Stellung genommen.

Eine neue Rechnung.

Paris, 27. Jan. Das Blatt „Echo de Paris“ stellt eine neue Berechnung für die von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen auf. Es kann, so sagt das Blatt, zwar nicht von einer Barzahlung von 500 (Fünf hundert) bis 1250 Milliarden Franken (die ein anderes franz. Blatt berechnet hatte) die Rede sein, aber einige hundert Milliarden insgesamt werden es sein. Davon sollte ein Teil in bar, ein anderer in Waren bezahlt werden. Zunächst kommen in Betracht die deutschen Kolonien, sodann die Auslieferung der Kriegs- und Handelsflotte. Ferner werden die Entschädigungen aus dem natürlichen Reichtum Deutschlands die für ihre Industrie notwendigen Rohstoffe herauszuholen, so Kohlen im Gesamtwert von etwa 30 bis 35 Millionen Tonnen jährlich und Kalk, für dessen Lieferung der Preis für die Zeit vor dem Kriege gültig sein würde. Für die Barzahlungen würde man voraussichtlich in einer Fälligkeitstabelle von etwa 6 Monaten bis zu einem Jahre 80 bis 100 Milliarden Franken, die unter die Kriegsschadigten verteilt wären, anfordern, eine Summe, die von Deutschland durch Ausgabe einer oder mehrerer Anleihen aufgebracht werden müßte. Darüber hinaus müßte Deutschland für eine lange Zeit eine jährliche Schuld von 8-9 Milliarden aufsetzen, die durch Einnahmen der deutschen Eisenbahnen, Zölle, Steuern und Monopole und schließlich durch allgemeine Steuern garantiert werden können. Der wunde Punkt bei allem sei der, daß Deutschland nur dann zahlen könne, wenn es arbeite. Man müsse also die deutsche Industrie mit Rohstoffen versehen, wenn auch nicht derart, daß sie ihren Wettbewerb auf dem Weltmarkt wieder aufnehmen könne.

Brüssel, 27. Jan. Ein aus Deutschland abgeandeter Sonderzug mit 740 Millionen Franken, die für die belgische Nationalbank bestimmt sind, und mit 55 Wertpapeten für die Regierung ist gestern nacht in Brüssel eingetroffen.

Die militärischen Absichten Englands.

London, 26. Jan. Das frühere Freiwilligenheer besteht als militärische Organisation nicht mehr. An seiner Stelle ist ein Heer von 3-4 Millionen Mann entstanden, zu Anfang des Krieges auf der Grundlage der Freiwilligkeit, später auf der Grundlage der Aushebung. Dieses Heer befindet sich jetzt in dem Zustand schneller Abrüstung. Während vor 14 Tagen täglich ungefähr 8000 Mann in das bürgerliche Leben überführt wurden, wird jetzt die Zahl von täglich 30000 Mann erreicht und wird binnen kurzem sich auf täglich 40000 belaufen. Wenn dieser Zustand, so heißt es im Bericht des englischen Kriegsamt, weiter andauern würde, so würde England bald ohne ausgebildete und ausreichende Bestände sein, wo etwas zu tun wäre. Das frühere Freiwilligenheer sei nicht so rasch wieder aufzubauen, es müßte auch die Löhnung bedeutend erhöht werden. So sche man vor der Wahl eines Dienstpflicht- und eines kleineren Berufsheeres (der Freiwilligen) von langer Dienstzeit. England müsse aber darüber wachen, daß es genügende Streitkräfte für das laufende Jahr habe, um nicht der Früchte des Sieges beraubt zu werden und um Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten zwingen zu können, die Bedingungen des Waffenstillstands und Friedens auch nach Friedensschluß einzuhalten. Daher sollen Besatzungsheere von höchster Mannszucht (die gegen Spartakismus und Bolschewismus gesetzt sind. D. Schr.) und Leistungsfähigkeit auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen unterhalten werden. Überdies beträchtliche Löhnungs-Erhöhung und Umlaufbeschleunigung gewährt werden sollen. (England scheint also den Militarismus aufzunehmen und das Dienstpflichtheer beibehalten zu wollen. Daß es beabsichtigt, das Rheinland auf längere Zeit auch nach dem Friedensschluß besetzt zu halten, darauf haben wir bereits hingewiesen. D. Schr.)

Ausland in London.

London, 26. Jan. (Reuter.) 12000 Schiffbauarbeiter des Londoner Hafens beschlossen, am 27. Januar zu Gunsten einer allgemeinen Lohnerhöhung von 15 Schilling wöchentlich zu streiken.

Paris, 26. Jan. Der Stadtbahnverkehr ist wieder ausgenommen worden.

Die Umwälzung in Portugal.

Vigo, 26. Jan. Der ehemalige König von Portugal Manuel soll heute vormittag in Carminha in Portugal eingetroffen sein.

(Reuter.) Laut amtlicher Mitteilung ist das Ministerium zurückgetreten. Die Republikaner werden die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts fortführen.

Belgrad, 27. Jan. Wie verlautet, hat König Peter von Serbien einen zweiten Schlaganfall erlitten. (König Peter steht im 75. Lebensjahr.)

Der mißlungene Kommunismus.

Stockholm, 27. Jan. Der Versuch der Bolschewisten, den Grund und Boden in Rußland zu enteignen und zu verstaatlichen (sozialisieren), ist als undurchführbar ausgefallen. (Die Hungernot in Rußland ist die Folge des wahnsinnigen Unternehmens.)

Der Reichsverfassungsentwurf.

Berlin, 25. Jan. In den Beratungen der Vertreter der Einzelstaaten über den Verfassungsentwurf wurde der Schaffung des Einheitsstaats zugestimmt, zugleich aber betont, daß solch ein Einheitsstaat nicht ohne weiteres zu erreichen sei und daß darum auf die vorhandenen Hemmnisse die gebührende Rücksicht genommen werden müsse. Der Volksbeauftragte Landberg wies darauf hin, daß in Frankreich und in Italien trotz des Gegensatzes zwischen Nord und Süd das Zustandekom-

men eines Einheitsstaats im vollen Umfange gelungen sei. Der preussische Minister Fischbeck vertrat den Standpunkt, daß wenn man den Einheitsstaat wolle, die Aufteilung Preußens verkehrt sei. Der Ministerialdirektor Dr. Preuß sprach von einer „Reaktion der zukünftigen Kleinstaaterei“. Der Entwurf wurde einem Ausschuss, in dem die Bundesstaaten vertreten sind, überwiesen. Die Vorberatung soll so beschleunigt werden, daß der Ausschussbericht der Nationalversammlung am 6. Februar vorgelegt werden kann.

Neue Schlichtungsausschüsse.

Berlin, 25. Jan. Ein Erlaß des Kriegsministeriums (Kriegsamt) verfügt: Die Kriegsamtsstellen treten unverzüglich mit den für die Bildung der neuen Schlichtungsausschüsse zuständigen Landeszentralbehörden in Unterhandlungen über die etwaige Uebergabe der Geschäftsräume, des Personals und der Einrichtungsgegenstände der bisherigen Schlichtungsausschüsse. Dem für eine Uebernahme nicht in Betracht kommenden Teil des Personals ist zu kündigen. Entsprechend ist mit den Geschäftsräumen zu verfahren. Gleichzeitig werden die Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden der bisherigen Schlichtungsausschüsse ihrer Stellung enthoben.

Proteste gegen die Zerstückelung Deutschlands.

Berlin, 25. Jan. Die Zahl der Proteste gegen die Abtrennung deutscher Landstriche vom Reich unter Ueberschreitung des Wilson'schen Programms häufen sich bei der Regierung derart, daß jede einzelne Verantwortung unmöglich wird. — Der Reichsregierung liegen zahlreiche Eingaben aus deutsch-litauischen Kreisen vor, die entschieden gegen die weitgehenden Ansprüche der litauischen Regierung Stellung nehmen und dem Wunsch Ausdruck geben, beim deutschen Reich zu verbleiben.

Die Parteien der Nationalversammlung.

Berlin, 26. Jan. Ein hiesiges Nachrichtenbureau meldet, in der Nationalversammlung werden wahrscheinlich Zentrum, Deutschnationale (Konservative) und Deutsche Volkspartei (Rechtsnational-liberale) den bürgerlichen Block bilden, dem sich die Fraktionslosen und teilweise die rechtsstehenden Demokraten anschließen dürften. Da die unabh. Parteien die Gemeindefürsorge mit dem Sozialvertrauen ablehnen, so sei mit Inzidenzgefahren von Fall zu Fall zu rechnen.

Die Kommandogewalt.

Berlin, 25. Jan. Das ganze deutsche Heer soll nach Anträgen der Reichsregierung der einheitlichen Kommandogewalt der Reichsregierung unterstellt werden.

Das neue Heer.

München, 25. Jan. In einer Versammlung für die Garnison München entwickelte der Minister für militärische Angelegenheiten, Kochhaupter, die Richtlinien für den künftigen Neuaufbau des bayerischen Heeres. In Bayern wäre eine angeworbene Polizeitruppe zu bilden mit 12000 Mann Friedens- und vielleicht 44000 Mann Kriegsstärke, für ganz Deutschland etwa 350000 Mann. Neben diesem Heer müßte das System des Milizheeres auf Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht für Wehrhafte eingeführt werden. Bei einer Dienstzeit von 3-5 Monaten und 4 je 14tägigen Wiederholungsturnen ergäbe sich für Bayern ein kriegsstarres Heer von 400000 Mann Streikern und insgesamt 970000 Mann, für ganz Deutschland 3200000 Streiker, alles in allem 7 1/2 Millionen Mann. Zur Disziplinierungsfrage bemerkte der Minister, daß im neuen Heere keine Vorrechte der Geburt und des Reichthums, oder der sogenannten Bildung gelten dürfen, sondern hier müsse es heißen: Freie Bahn dem Tüchtigen.

Kücktritt des Generals Winterfeldt.

Berlin, 25. Jan. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, General v. Winterfeldt, zeigte heute seinen Rücktritt an mit der Begründung, daß er in der von Marschall Foch befohlenen Besetzung des Straßburger Festungsgebiets auf badischem Boden ein Mißtrauen des Marschalls gegen den guten Willen der deutschen Kommission erblicke.

Ein neuer Völkerbund.

Berlin, 25. Jan. Die estnische Unabhängigkeitspartei ladet sämtliche nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit strebenden Völker ein, sich dem von ihr angeregten Völkerbund der unterdrückten Stämme anzuschließen. In einem Kongress soll demnächst Stellung zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen auf dem Weltfriedenskongress genommen werden.

Dänemark will ganz Nord-Schleswig.

Kopenhagen, 25. Jan. Rikens Bureau schreibt: Die dänische Nation hat und sehr sich danach, daß alle die dänisch reden und empfinden, dem Reich reich Dänemark vereinigt werden. Die Regierung hält es für das Richtige, wenn Nord-Schleswig als ein Ganzes aufgelöst wird, dessen Bevölkerung durch Abstimmungen kundgibt, ob sie mit Dänemark wieder vereinigt zu werden wünscht. Die Regierung wird dafür wirken, daß die Wünsche der dänischen Nordschleswiger auf Gewährleistung der Freiheit der Abstimmung auf der Friedenskonferenz durchgesetzt wird.

Anschlag auf Scheidemann.

Berlin, 26. Jan. Der Vorstand der sozialdem. Partei teil mit, daß der Sozialzug, mit dem Scheidemann nach seiner Wahlrede in Kassel zurückkehrte, zweimal, in Eisenberg und Nordhausen, angefallen werden mußte, weil die Sozialisten Anschläge gegen den Zug vorbereitet hatten, die noch rechtzeitig entdeckt wurden.

Die Spartakisten.

Berlin, 26. Jan. Gestern mittag wurde die Leiche Liebknechts mit 33 weiteren Opfern des Spartakusaufstands in Friedrichsfelde beerdigt. Die innere Stadt war abgeperrt. Die Särge waren auf acht Arbeitswagen aufgebahrt. Der Zug ging von Friedrichshain aus ohne Störung vor sich. In den Munitionsfabriken und in den Spandauer Artilleriewerkstätten ruhte die Arbeit.

Hamburg, 25. Jan. Als die Oberrealschule Eydenborf heute auf Befehl des A. und S. Rats zu Ehren Liebnechts Balsmann gestagt hatte, weigerten sich Schüler und Lehrer selbständig und von einander unabhängig, unter diesem Zeichen zu unterrichten oder unterrichtet zu werden. Die Schule blieb deshalb für heute geschlossen.

Braunschweig, 25. Jan. Auf Einladung des Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrats fand heute eine Versammlung verschiedener A. und S. Räte statt, um über die Gründung eines Freistaats Nordwestdeutschland zu beraten.

Eine interessante Klage.

Braunschweig, 25. Jan. Von 24 Maschinenfabriken im Lande Braunschweig wurde beim Landgericht eine Klage gegen die kadifische Landesregierung und die Finanzverwaltung, sowie gegen die Volkskommissare Sepp, Dexter und Eckardt persönlich wegen Vertriebschädigung durch zwangsweise Abschaffung der Alfordarbeit und sonstige willkürliche Anordnungen, die gegen Reichs- und Landesrecht verstoßen, erhoben. Von den Angeklagten wird Entschädigung verlangt. Das Gericht wird am 6. Februar die Entscheidung fällen.

Der Bolschewismus auf dem Balkan.

Belgrad, 26. Jan. Bolschewistische Agenten sind auf dem Balkan, besonders in Serbien, Bulgarien und in Konstantinopel tätig. Kronprinz Alexander von Serbien hat deshalb seine Reise nach Paris vorläufig aufgegeben.

Der Krieg im Osten.

Posen, 25. Jan. Auf Befehl des polnischen Armeekommandos ist der private Telegramm- und Fernsprechverkehr nach und innerhalb des von den Polen besetzten Gebiets der Oberpostdirektion Posen und Bromberg eingestellt. Ferner sind von der Beförderung ausgeschlossen Briefe von Privatpersonen von und nach den von den polnischen Truppen nicht besetzten Gebieten. Zur Beförderung im Privatverkehr zugelassen sind außer Karten Geschäftsbriefe, die offen aufgefaltet werden müssen.

Kowno, 25. Jan. Die litauischen Truppen haben 35 Kilometer von Kowno entfernt die Bolschewisten in die Flucht geschlagen. Es gab zahlreiche Tote auf bolschewistischer Seite. Außerdem verloren diese 6500 Gefangene. Die Litauer rücken gegen Wilna vor.

Warschau, 25. Jan. Bericht des polnischen Generalstabs. Ueber die Gruppe Bug und die Besatzungstätigkeit des Generals Rozwadowski wird gemeldet, daß feindliche Artillerie die Stadt Lemberg beschießt.

Stockholm, 25. Jan. Die bolschewistische Regierung droht, die Schweizer Bürger in Rußland im Gefängnis zu behalten bis die Schweiz die Ernennung des amtlichen Vertreters der Sowjets in der Schweiz anerkannt habe. Der Staatsvoranschlag der Sowjets sieht einen Abmangel von 360 Milliarden Rubel vor.

Beziehung von Aehl.

Karlsruhe, 26. Jan. Am 29. Januar werden die Franzosen den Brückenkopf von Aehl mit der Stadt Aehl und einigen kleineren Ortschaften besetzen. Der Bahnhof Appenweiler bleibt zunächst frei.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 24. Jan. Neuter erfährt, daß die britischen Bevollmächtigten bereit seien, die Entscheidungen über die Zukunft Mesopotamiens, Palästinas und der Deutschen Kolonien an den Völkerbund zu verweisen.

Die deutschen Kolonien.

London, 25. Jan. Die „Times“ meldet aus Paris: Bei den gestrigen Beratungen über die Kolonien erhob Smuts „im Namen der Südafrikaner“ Anspruch auf Deutsch-Südwestafrika. In diesem Punkte herrscht vollständiges Einvernehmen. Großbritannien ist bereit, sich für Logo, Kamerun und Südostafrika mit irgend einer Form von Neutralisierung zu begnügen. Infolgedessen brauche man nur noch darüber zu verhandeln, was mit den Samoainseln und den Inseln im Stillen Weltmeer geschehen soll. Japan hat vorgeschlagen, daß der Äquator als südliche Grenzlinie festgesetzt werden solle. In diesem Falle würde Japan die Karolinen- und die Marjainfeln erhalten.

Eine feierliche Warnung.

Paris, 24. Jan. (Havas.) Die Hauptvertreter auf der Friedenskonferenz, Wilson und die anwesenden Minister, geben amtlich bekannt: Die Regierungen, die gegenwärtig zu einer Konferenz versammelt sind, um einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen zu schaffen, sind sehr bewegt von den Nachrichten, die ihnen aus verschiedenen Ländern Europas und des Orients wiederholt zugekommen sind, wonach von der Gewalt Gebrauch gemacht wurde, um von Gebieten Besitz zu nehmen, über deren rechtmäßige Abgabe die Friedenskonferenz zu bestimmen berufen ist. Die Regierungen sind der Ansicht, daß sie die Pflicht haben, eine feierliche Warnung zu erheben und zu erklären, daß jeder Besitz, der mit Hilfe der Gewalt errungen ist, der Sache derjenigen den größten Schaden zufügt, die zu solchen Mitteln greifen. Diejenigen, die Gewalt anwenden, lassen die Vermutung ankommen, daß sie an der Gerechtigkeit und der Rechtsgültigkeit ihrer Forderungen zweifeln und daß sie ihre Souveränität mehr auf die Gewalt gründen wollen, als auf die nationale oder Rassenzugehörigkeit und auf die von der Geschichte geschaffenen natürlichen Bande. Damit werfen sie einen Schatten auf alle Rechtsmittel, die sie später geltend machen sollten und sie bedrohen Mißtrauen gegenüber der Friedenskonferenz selbst. Hieraus können nur die unvollständigen Ergebnisse hervorgehen. Wenn sie die Gerechtigkeit wollen, so müssen sie auch auf die Anwendung von Gewalt verzichten und ihre Forderungen in einer Art und Weise den Händen der Friedenskonferenz übergeben, die keinen Zweifel über ihren guten Willen läßt. (Ob die Polen, Tschechen, Kroaten, Rumänen usw. sich darnach richten werden?)

Freigabe der Baumwollausfuhr.

Washington, 25. Jan. In einer Antwort an die Anfragen der Baumwolle pflanzenden Staaten, daß alle Ausfuhrbedingungen für Baumwolle nach den nicht feindlichen Ländern aufhören und auch eine Verschiffung nach Deutschland und Oesterreich so rasch wie möglich gestattet werde, ordnete Wilson an, daß Baumwolle jetzt nach allen Ländern in Mengen, die ihrem Bedarf entspricht, ausgeführt werden könne.

Politische Heirat.

Bern, 25. Jan. Der „Nouveliste de Lyon“ meldet die bevorstehende Vermählung des Kronprinzen Alexander von Serbien mit einer englischen Prinzessin. (Die einzige Tochter des Königs Georg ist Prinzessin Mary geb. 1897. Außerdem hat der Oheim des Königs, Prinz Arthur, Herzog von Connaught, eine unverheiratete Tochter Victoria Patricia, geb. 1886. Kronprinz Alexander ist der zweite Sohn des Königs Peter und 1888 geboren.)

Die Finanzlage Italiens.

Bern, 25. Jan. (Privat.) Die Zeitungen hoffen, daß es dem neuen Schatzminister gelinge, die längst fälligen Rechnungen für die italienische Industrie, die sich auf mindestens 2 Milliarden Lire belaufen, endlich zu bezahlen. Die Zahlungsfähigkeit des Staats würde zu einer Stilllegung der Industrie führen. Wenn der Staat nicht bar bezahlen könne, so solle er wenigstens kurzfristige Schatzscheine als Deckung in Zahlung geben.

Katholische Partei in Italien.

Paris, 25. Jan. Wie der „Temps“ mitteilt, hat sich eine italienische katholische Partei mit dem Sitz in Rom gebildet.

Der Anzstand.

Budapest, 25. Jan. 32000 Siebenbürgische Beamten, sämtliche Staatsbeamten Siebenbürgens sowie alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahnen, des Post- und Telegraphenwesens haben die Arbeit eingestellt, die sie solange nicht wieder aufnehmen wollen, bis die Grausamkeiten der Rumänen in Siebenbürgen aufhören. Stefan Avathy auf freien Fuß gesetzt, die Brückstraße aufgehoben, die persönliche Freiheit und das Privateigentum gesichert und das freie Reisen gestattet wird. (Darnach scheinen die Rumänen in Siebenbürgen böß zu haufen. D. Schr.)

Paris, 25. Jan. (Havas.) Die Angestellten der Straßenbahn und Automobildroschken in Paris, sowie die Schaffner der Metropolitan- und der Nord-Südbahn haben den Streik beschlossen.

Die Umwälzung in Portugal.

Lissabon, 25. Jan. (Neuter.) Die Matrosen und die besetzten Lager sind der Republik treu geblieben. In Lissabon haben sich die Kavallerie, ein Teil der Infanterie und 20 Geschütze und viele Zivilisten der Monarchie angeschlossen.

König Manuel ist zu Schiff von London auf der See von Lissabon angekommen.

Madrid, 25. Jan. (Neuter.) Der österreichische Botschafter ist abgereist.

(-) **Karlsruhe, 27. Jan.** Die von der hiesigen Zentrumspartei auf Samstag abend in den großen Festsaal einberufene Protestversammlung gegen die fortgesetzten Vergewaltigungen des deutschen Volkes durch die Entente war sehr stark besucht. Die beiden Redner des Abends, Ernährungsminister Trunk und Geistl. Rat Dr. Schofer geißelten scharf die beim Abschluß des Waffenstillstands und dann von neuem wieder bei dessen Verlängerung an uns gestellten harten, unmenschlichen Bedingungen. Nach den mit starkem Beifall aufgenommenen Reden wurde eine 15 Punkte enthaltende Entschließung einstimmig angenommen, in der gegen die brutale Vergewaltigung des auf Treu und Glauben sich seinen Feinden ergebenden Deutschlands protestiert, die unverzügliche Freilassung unserer Gefangenen und ein sofortiger Vorstoß zur Verhinderung weiterer Knechtung des deutschen Volkes verlangt wird.

(-) **Heidelberg, 27. Jan.** Nach dem Hauptvoranschlag der Stadt für das Jahr 1919 zeigen die ungedeckten Aufwendungen gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 2200000 Mk. Um einen Ausgleich zu schaffen, ist eine stärkere Einkommenbesteuerung und eine weitere Ausgestaltung der Besteuerung des Weins und der Lustbarkeiten nötig. Die Anlage muß von 37 auf 40 Pfg. erhöht werden.

(-) **Heidelberg, 27. Jan.** Die 17jähr. Tochter der Oberstraßenmeisterswitwe Kuhn wurde in ihrer Wohnung von einem in Frauenkleidern stehenden Kerl überfallen und geknebelt. Der Vursche schnitt dem belästigten Mädchen dann die Hölse ab, brachte ihm mehrere Messerschläge bei und nahm ihm die Ohrringe ab.

(-) **Bruchsal, 27. Jan.** Am Freitag vormittag war das hier zusammengedretene 2. Bataillon des neu gebildeten bad. Freiwilligen-Volksheeres versammelt zur Ueberrahme durch den von der vorl. bad. Volksregierung ernannten Kommandeur Major Müller. Zu dem feierlichen Akt waren auch Vertreter der Regierung und der Stadtverwaltung erschienen. Major Müller hielt eine Ansprache, in der er in eindringlichen Mahnworten auf die übernommenen Pflichten hinwies und die Angehörigen des Volksheeres aufforderte, immer echte Kameradschaft und Freundschaft zu erhalten. Von den zu leistenden Dienststunden von 8-12 und von 2-6 Uhr) entfallen 2 Stunden auf militärische Uebungen und die übrige Zeit auf den Unterricht in Gesetze-, Verfassungs- und Länderkunde usw.

(-) **Erdingen, 27. Jan.** Nach der Verurteilung seiner Frau ist der 74jährige Simon Döbele verhaftet worden. Der Grund zu der Verhaftung ist noch nicht bekannt.

(-) **Stuttgart, 27. Jan.** (Neue Partei.) Die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei Stuttgart hielt dieser Tage eine Hauptversammlung ab, in der die Sparabsicht unter der Führung Walchers, der frühe „Doktor an der „Schwab. Tagwacht“ war, ihren Austritt aus der Partei erklärten und ihren Beitritt zum Spartakusbund vollzogen. Es sind 353 Mitglieder, unter der Leitung Maxa Petkows. Der Führer der Unabhängigen bleibt Crispian.

(-) **Stuttgart, 27. Jan.** (Diebesbande.) Dem Garnisonrat, Abt. für Rechts- und Sicherheitsdienst, ist es gelungen, eine verwegene Diebesbande unschädlich zu machen, die in Stuttgart, Heilbronn und einer Reihe anderer Orte schwere Einbruchsdiebstähle begangen hat. Gestohlen wurden Karabiner, Wäsche, Pferde, Säue, Tabakspfeifen und alle gestohlenen Waren veräußert. Der Matrose Karl Karpf, der Musiketier Heinrich Müller, der Oberheizer Fr. Störzer, der Arm.-Soldat Ernst Haberer und der 77er Bozenhardt sind verhaftet.

(-) **Gmünd, 27. Jan.** (Diebische Soldaten.) In der Kammer der Bismarckkaserne wurden kürzlich 47 Paar Schuhe auf erschwerter Weise gestohlen. Nach dem Ausschreiben der Staatsanwaltschaft waren die Täter anscheinend Soldaten.

(-) **Gmünd, 27. Jan.** (Ein Putzversuch.) Im nahen Leinzell haben Anhänger der Unabh. Partei die Besatzung der Mühle besetzt. Dem Putzversuch hat die aus Gmünd herbeigerufene Sicherheitskompanie rasch ein Ende gesetzt und in kurzer Zeit die alte Ordnung wieder hergestellt.

(-) **Tübingen, 27. Jan.** (Neuer Rektor.) Zum Rektor der Universität auf das Studienjahr 1919/20 ist der ord. Professor Dr. Sartorius an der staatswissenschaftlichen Fakultät ernannt worden.

(-) **Schloß Zell, 27. Jan.** (Neuer Domänen-Direktor.) An Stelle des in den Ruhestand getretenen Domänen-Direktors Weiger ist Oberförster Rossmann zum Vorstand der k. k. Domänenkanzlei unter Verleihung des Titels Direktor befördert worden.

(-) **Tübingen, 27. Jan.** (Pferdediebstahl.) Einem Offizier des Regiments 180 sind die beiden Hapen samt dem Sattel aus dem Stall gestohlen worden.

(-) **Ulm, 27. Jan.** (Der Polizeihund.) Der Diensthund der hiesigen Landjägerei verfolgte von verschiedenen Einbruchsstellen in Neu-Ulm die Spur ins hiesige Gefangenenlager, wo auch ein Teil der gestohlenen Gegenstände richtig gefunden wurde. Unterwegs stellte der Hund ein Fuhrwerk aus Weisenthorn (Wabern), auf dem 13 Hagen, 1 Reh, 1 geschlachtetes Kalb und ein Bentner Wurst verborgen war. — Die Diebstähle und Einbrüche nehmen überhand.

Die Landesversammlung.

Eine großangelegte Rede Conrad Hausmann.

Der Herr Crispian hat sich in den drei Tagen, welche die Landesversammlung beisammen ist, bereits als das zeitraubendste Element entpuppt. Seine störenden Zwischenrufe gaben dem neuen Präsidenten reichlich Gelegenheit, seine Geschicklichkeit und Gewandtheit in der Vortragsführung zu zeigen. Die Polemik Crispians gegen die Regierung brachte ihm eine böse Abfuhr von seinem früheren Genossen Lindemann. Die Ausführungen des Justizministers Dr. v. Kiene waren sachlich, trocken, bewiesen aber, daß sich Herr Kiene mit Kalt und Wärme seinem Ressort bisher gewidmet hat. Die Vorträge der provisorischen Regierung, die Minister Dr. Lindemann verlas, ist klug und gleich hervorragend nach Form und Inhalt.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand eine großangelegte Rede des demokratischen Führers Hausmann.

die den Tag zu einem „Großen“ stempelte. Hausmann gab zuerst eine geschichtliche Entwicklung unserer Verfassung und stellte fest, daß die Landesversammlung gesetzlich sei durch die Verordnung ihrer Einberufung durch das Ministerium. Er verkennt nicht das Naturgesetz, daß Außerordentliches sich nicht auf ordentlichem Wege vollzieht. Dem Ständigen Ausschuss sollte er volle Anerkennung. Außerordentlich sympathisch berührte, wie der alte Demokrat Hausmann die charaktervolle Haltung des früheren Königs der Revolution gegenüber wärtigte. Der Ehrens über die hohe Politik des Reiches verriet eine tiefe Sachkenntnis des ehemaligen Staatssekretärs. In der Reichsversammlung wünschte er eine bessere Klarstellung des Verhältnisses von Nationalversammlung, Staatenhaus und Reichsräten. Er hat Bedenken gegen eine Verpaltung Preußens. Bei Beschreibung der Landespolitik bezeugte er das Wahlergebnis als eine Niederlage der Revolutions- und Kriegsvorkriegspolitik. Der provisorischen Regierung stellt er das Zeugnis aus: Sie hat einen Willen und ein Programm, hinter das wir treten können. Er will die provisorische Regierung trotz mancher Bedenken im Amt bestätigt wissen, bis zur Verabschiedung der Verfassung. Vom Zentrum hofft er, daß es sich auch der Richtung der demokratischen Staatsnotwendigkeit beugen wird und damit eine breite Basis für eine Regierung schafft. Grundpläne und Zweckmäßigkeit über die werden für eine Teilung der Regierungsgewalt. Wenn man dem Namen Ministerpräsident auch den eines Staatspräsidenten gibt, so ist damit die Frage noch nicht gelöst. Sein Appell mitzuwirken an alle Parteien wird auch im Lande sein Echo finden. Die gemeinschaftlichen Interessen der Frauen wird diese von selbst zusammenführen und damit eine Zusammenarbeit der Parteien erleichtern. Hausmann schloß mit den Worten: „Wir brauchen nicht zum Pessimismus übergehen, sondern müssen die aktive Kraft des Optimismus nutzbar machen und müssen gemeinsam vorgehen für Deutschland und Württemberg vorwärts trotz allem und allem“

(Dritte Sitzung.)

Präsident Keil eröffnet um 1/11 Uhr die Sitzung. Der stellv. Ministerpräsident, Minister des Innern Lindemann begrüßt namens der prov. Regierung die versammelte Landesversammlung. Er führt aus: Das Volk hat seinen Willen klar ausgedrückt. Nun sind wir verpflichtet, als überzeugte Demokraten seinem Gebote zu folgen und die Bedingungen sicher zu erkennen, unter denen eine geordnete Verwaltung unseres schwer erschütterten Staatslebens und dessen Wiederaufbau möglich ist.

Zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens bedürfen wir der Auffüllung unserer erschöpften Vorräte an Kohlen, Rohstoffen aller Art und an Lebensmitteln. Die Maßnahmen zur Einschränkung des Kohlen-, Gas- und Elektrizitätsverbrauchs haben mit bestem Erfolg gewirkt. Das Unheil konnte vorläufig abgemindert werden. Unsere Bevölkerung muß jedoch auch weiterhin die strengste Sparsamkeit walten lassen.

Die Volksernährung konnte auf die Zwangsbewirtschaftung der notwendigen Lebensmittel nicht verzichtet. Um Lebensmittel und Kohlen einzuführen zu können, bedürfen wir eines raschen Friedensschlusses. Die Regierung wendet der Erreichung dieses Ziels ihre ganze Aufmerksamkeit zu. Ehe der Friede geschlossen ist, sind wir mit jeder Art von Einfuhr völlig von unseren Feinden abhängig und die hieraus entpringende Unsicherheit aller unserer Pläne darf nicht außer Betracht bleiben, wenn unser Tun und Lassen geprüft wird.

Der Landesversammlung legen wir den Entwurf einer neuen Verfassung vor, nach der die bundesstaatliche Gliederung des Reichs und die Rechte seiner Gliedstaaten erhalten bleiben sollen. In seinen einzelnen Bestimmungen sucht der Entwurf die politischen und sozialen Forderungen der Gegenwart zu erfüllen.

Weiter werden im Nachtragsetat die Mittel für die Errichtung der beiden neuen Ministerien, des Arbeits- und des Ernährungsministeriums, angefordert werden.

Ein Notgesetz zur Gemeindeordnung ist in Vorbereitung, um die Gemeinderatswahlen nach neuen Grundätzen zu vollziehen und die Bürgerauschüsse aufzuheben. Eine mögliche Reform der Gemeindeordnung wie der gesamten Staatsverwaltung muß die Aufgabe des kommenden Landtags sein, der auf Grund der neuen Verfassung gewählt wird. Die Vorarbeiten sind bereits eingeleitet.

Zwecks Vereinfachung umfangreicher öffentlicher Arbeiten wird ihnen weiter ein Nachtragsgesetz zugehen. Hierbei soll der Nachschub vorangestellt werden, der eine Fülle von Arbeit unseren Beschäftigten bieten wird.

Auf dem Gebiet der Staatseisenbahnen stehen Aufträge von großem Umfang zur baldigen Verabschiedung bereit. Der Ertrag der Lokomotiven und Eisenbahnwagen, die Wiederherstellung des rollenden Materials und des Oberbaus, daneben gehen umfangreiche Arbeiten in unseren Staatswärdungen zur Gewinnung von Holz und Brennholz einher.

In der Landwirtschaft ist die Steigerung der Produktion die dringende Aufgabe der Gegenwart. Ein Geschentwurf zur Errichtung einer Landwirtschaftskammer wird vorgelegt werden und wir bitten Sie, der Aufhebung des Großgrundbesitzes, soweit er volkswirtschaftlich schädlich ist, zuzustimmen.

Die prov. Regierung war bemüht, einer zweckmäßigen Sozialisierung den Boden zu bereiten. Eine Kommission ist beauftragt, die Betriebszweige zu untersuchen, die im Rahmen unseres Staatswesens dem gemeinwirtschaftlichen Betrieb übergeben werden können.

Bei allen Ihren Handlungen ist für die prov. Regierung der Grundsatz vorherrschend gewesen, die Demokratie durchzuführen und jede Art von Diktatur abzulehnen. Kein feindsüchtiger Imperialismus wird uns auf die Dauer hindern können, als gleichberechtigtes Glied in dem von uns allen erstrebten Völkerbunde zu stehen. (Großer Beifall.)

Abg. Haumann (D.D.P.) leitete hierauf die Rede ab. Er anerkannte die Politik Weizsäckers, aber er habe die Politik seines Landes nicht mit Entschiedenheit an die heutigen Mehrheitsparteien geknüpft. Alles, was wir durch die Revolution erreicht haben, hätte sich auch auf gesetzlichem Wege vollziehen können. Der König habe sich der Umwälzung nicht entgegen gestellt. Wir lassen uns niemals abhalten, ihm unsere Dankbarkeit zu bezeugen, und werden die Beziehungen von Berlin zu Berlin zu erhalten wissen. Andererseits sei die Geduld

des Volkes allzulange angepannt gewesen, als daß sie nicht hätte reifen müssen.

Der Redner wandte sich dann gegen die Politik eines Tirpitz, Ludendorff, Falkenhayn usw., gegen das System des Dualismus, das Schuld an dem Zusammenbruch gewesen sei, nicht aber unsere Mannschaften und Offiziere, die beide das Ausgezeichnete geleistet hätten. Die politische Krise habe dann die soziale Krise erzeugt. Die Revolution und die politische Säuberung sei künstlich gesteuert worden. (Zuruf von links: Sie haben eine Ahnung!) Mit russischem Geld haben wir einen Bürger- und Arbeiterkrieg im Lande erhalten.

Zahnknirschend müssen wir den von uns selbst verschuldeten Einmarsch der Feinde mit ansehen. Erzberger verdiente Anerkennung dafür, daß er unter den schwersten Umständen die deutschen Interessen aufs kräftigste zu vertreten versuchte. Wir nehmen die Volksentscheidung durch die Wahlen rückhaltlos an. Die Volkswahl der Regierung sei ernst; diese habe ein Programm, hinter das wir treten können. Es werde möglich sein, eine einheitliche Politik der Landesversammlung und der Regierung herzustellen.

Die Regierung werde auf eine Volkswahl nicht verzichten können in einer Zeit, da die Waffen noch nicht zur Ruhe gekommen seien. Die Frage der Trennung von Staat und Kirche und die Schulfragen sollten möglichst gerecht gelöst werden. Der alte Bundesrat sei an dem Mangel an Persönlichkeiten zu Grunde gegangen. Er wisse, ob die Gründe für eine Zerschlagung des alten Preußen so stark seien wie die, die dawider sprechen.

Deutschland müsse jetzt erklären, bis zu welchem Maße es bei der Friedensgestaltung freiwilliger Mitarbeit leisten wolle. Alle selbstmörderischen demütigenden Zumutungen möchten wir als unannehmbar zurückweisen. In Deutschland sei eine Befähigung für die Schaffung des internationalen Volksbundes vorhanden; wenn es jetzt von den Feinden erdrückt werde, dann könne sich diese Befähigung nicht bilden.

Die parteipolitische Mischung der Regierung spreche nicht dem Ergebnis der Wahlen. Die Größe der sozialdemokratischen Partei stehe im Mißverhältnis zur Befähigung der politischen Reiter. Es wäre besser gewesen, wenn die Regierung erst nach dem Zusammentritt der Landesversammlung zusammengeführt worden wäre. Ein Zusammengehen der Parteien werde die Erleichterung der politischen Arbeit ermöglichen. (Das zur Rede folgende Handelskassenverbot der Präsident als unparlamentarischen Brauch.)

Justizminister von Klene gab Rechenschaft über sein Ressort: Er habe die Uebernahme seines Amtes davon abhängig gemacht, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angefaßt werden dürfe, daß die Steuerbarkeit ohne Ansehen der Person und des Standes ausgeübt werde. Württemberg als freier Volksstaat müsse ein Rechtsstaat bleiben. Der Minister kam auf die in der Revolutions-Übergangszeit vorgekommenen Fälle der Rechtsverkung zu sprechen, sowie auf die Eingriffe von A. und S. Käte in die Zuständigkeit der Gerichte.

Durch eine weitgehende, wohlwollende Auslegung des Amnestie-Erlasses sei das Ministerium dem Volksmitleid entgegengekommen. Durch den Ertrag seien 50,1 Prozent der Strafen, die bereits im Vollzug gewesen seien, erlassen worden. Eine sedanterliche Betrügerei habe Platz gegriffen. Die Ausführungen des Abg. Crispian (U.S.P.) nannte die Ausführungen des Abg. Haumann über die Revolution sehr oberflächlich. Bei den Wahlen habe die Diktatur der Demagogie und Verlogenheit geübt. Solange der Kapitalismus nicht abgemertschet habe, gebe es keinen Stillstand in der Revolution. Der Präsident werde sich nicht befinden, ausländisches Geld zur Unterstützung der Bestrebungen seiner Partei anzunehmen. Die Regierung sei in ihren Versprechungen gegenüber den Arbeitlosen wortbrüchig geworden. Wir hätten wiederum eine Spiegelwirtschaft. Die Blutschuld am 10. Januar falle auf diejenigen, die gegen die Arbeiter gerüstet haben; die Schieberei seien von Studenten und Offizieren ausgegangen, die die Regierung gegen das Volk geschickt habe; unter diesen Offizieren habe sich der Herzog von Urach, ein Prinz von Schaumburg-Lippe und ein Sohn des Herzogs Albrecht befunden. Die Verhaftung der Demonstrationen sei von der Regierung, die sich in der Zwangsbürgerschaft befand, ohne jede rechtliche Grundlage vorgenommen worden; die Regierung müsse hier Aufschluß geben. Der vorliegende Verfassungsentwurf sei ein Fiktion- und Stückwerk und nicht aus den Bedürfnissen der Revolution hervorgegangen.

Minister Lindemann gab Aufschluß über die Demonstration vor dem Arbeitsministerium am 9. Januar; er sei damals von den Führern der Demonstrationen für abgesetzt erklärt worden, die mit Maschinengewehren die Ausgänge der früheren Ersten Kammer besetzt haben. Die Blutschuld falle auf die, die zuerst von der Waffe Gebrauch gemacht und bei jeder Gelegenheit an die Waffen appelliert haben.

Der Präsident schloß um 1/3 Uhr die Sitzung. Nächste Sitzung Montag nachmittags 4 Uhr.

(Vierte Sitzung.)

Präsident Keil eröffnet die Sitzung um 1/4 Uhr. Der Vorschlag des Mitgliedigen Ausschusses für das Diätengesetz wird angenommen. Die Anfrage Crispian wird trotz Widerspruch von Clara Jethin auf Vorschlag des Präsidenten mit allen gegen die Stimmen der U.S.P. mit Punkt 4 der Tagesordnung verbunden. Fortsetzung der Besprechung der Volkswahl und des Regenschaftsberichts der prov. Regierung.

Abg. Gröber (Zentr.) bestreitet, daß die Revolution eine notwendige Folge des Krieges sei. Die Nationalversammlung war mit unbeschränkter Vollmacht in Aussicht gestellt ohne die Revolution. (Sehr richtig!) Er macht für die Schäden auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet, wie sie die Revolution mit sich gebracht, auch die verantwortlich, die sie gemacht haben. Er bedauert die Vorfälle in Württemberg und bedauert, daß die Regierung nicht bald energischer auftrat, vielleicht auch nicht konnte, weil eben unser Heer durch die Revolution zerrümmert wurde. Redner tadelt das Freiwilligenwitem, das nur Mißtrauen auf allen Seiten hervorruft. Deshalb kommen wir um die allgemeine Wehrpflicht nicht herum etwa nach schweizerischem Muster. Auch scheint der Gedanke einer Bürgerwehr, die schon von der Regierung des Prinzen Max beschlossen war, der Erwägung wert. Er fragt an, ob der Kriegsminister geneigt sei, für die Gemeinden, bei denen ein Bedürfnis hierfür vorhanden ist, die Bürgerwehr einzuführen. Was vor allem beim Militär weg muß, das sind die Soldatenräte (Sehr richtig!), denn etwas Nachteiligeres gab es nicht, als die Politisierung des Heeres. Die politische Belastung und einseitige Zusammensetzung, ihre politische Allmacht nach allen Seiten hin, die nichts anderes darstellt, als eine verhäßte Diktatur einer Partei, der Sozialdemokratie, können wir nicht weiter bestehen lassen. Als Vertrauensrat erkenne ich Sie an, Sie haben ja manches Gute geleistet, aber als politische Einrichtung muß ich Sie ablehnen. Jetzt wo die gewählten Versammlungen die Träger der Sozialdemokratie sind, dürfen keine öffentlichen Mittel für die A. und S. mehr bewilligt werden. Bei Besprechung der Pländerungen und Verschleuderungen stellt Abg. Gröber die Frage, was geschehen sei, um solche Fälle zu verhindern und welche Maßnahmen getroffen seien, um das verschwendete Heeresgut wieder zurückzubringen? Wie steht es mit der Kohle und mit unserer Ernährung? An den Ministerpräsidenten stellt ich die Frage, wie er sich zur Reichsverfassung stelle, ohne die wir überhaupt nicht in die Beratung einer Landesversammlung eintreten können. Im Wahlgesetz ist das Wahlrecht der Nichtwürttemberger nur möglich, wenn auch die anderen Staaten es aufnehmen. Der bundesstaatliche Charakter des Reichs muß beibehalten werden. Das Wort Sozialisierung wird gefällig, wenn man nicht mehr von Ueberführung des Privateigentums spricht. Gegen diese Fälschung bin ich ganz energisch. Wir sind für Aufrechterhaltung des Privateigentums in Unterordnung unter das Gemeinwohl. Mit den Leitenden des Arbeitsausschusses der D. dem. P. gehe ich weithin einig, nur daß auch hier der Begriff „Sozialisierung“ sehr weit gefaßt ist. Die Aufhebung des Familienbesitzes hat die Bedeutung, daß die Bindung des Familienbesitzes wegfällt. Die Produktion der Landwirtschaft muß hier der leitende Punkt sein. Deshalb muß man den Kleinbetrieb stärken. Die Abwesenheit des Herrn Kultusministers bedauere ich. Ich anerkenne seine große Tätigkeit bei Wahlen. In Rottenburg hat er geantwortet, über die Frage der Trennung von Staat und Kirche habe er noch nicht nachgedacht. Einem Kultusminister, der den religionslosen Moralunterricht verhöhnt, können wir unser Vertrauen nicht schenken. Den Finanzminister frage ich nach dem Stand der Schuldenlast und nach seinen Steuerplänen. Schulfrage und Sozialisierung trennen uns von der Regierungspolitik. Wir sind bereit, mitzuarbeiten auch in der Regierung, aber wir wollen uns nicht majorisieren lassen. In Württemberg könnte man wie in Baden die Schulfrage zu nächst stellen. Wir anerkennen die Mehrheit der Sozialdemokratie, aber das Verhältnis der Parteien muß gewahrt werden. Wir brauchen jetzt ein Arbeitsprogramm. Am besten verweisen wir die Prüfung der Politik der prov. Regierung an einen Mitgliedigen Ausschuss. Dem Aufruf der Regierungsbotschaft zur Arbeit sollte ich meine volle Anerkennung. Die Teilnehmer am Krieg müssen sich natürlich erst wieder an die Arbeit gewöhnen. Aber darüber hinaus scheint eine gewisse Arbeitsscheu einzutreten. Die Arbeitslosenunterstützung scheint vielfach mißbraucht zu werden. So daß man sich mit dem Gedanken eines Arbeitspflichtgesetzes besaßen sollte. Durch den Fleiß des deutschen Volkes sind wir soweit gekommen vor dem Krieg, Arbeit allein kann uns auch wieder aus der gegenwärtigen Not herausführen. (Beifall.)

Druck und Verlag der D. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt, daselbst.

Aufforderung

zum Eintritt in die Freiwillige Feuerwehr.

Dieserjenigen feuerwehrpflichtigen Einwohner, welche bei der hiesigen freiwilligen Feuerwehr noch nicht eingestellt sind, werden aufgefodert, sich

spätestens bis 1. Februar 1919

bei dem Kommando der Freiwilligen Feuerwehr zu melden, andernfalls sie die für den Nichtertritt festgesetzte Jahresabgabe zur Feuerlöschkasse von 3-15 M. zu bezahlen haben. Die Feuerwehrpflicht dauert vom 18. bis 50. Lebensjahre.

Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch hier wohnende Arbeiter, Dienstknechte usw. feuerwehropflichtig sind.

Wildbad, den 28. Jan. 1919.

Stabskulturschreiber: Wagner.

Milch Regelung.

Das Oberamt hat angeordnet, daß ab 1. Februar 1919 die Kuhhalter keine Milch direkt an die Verbraucher abgeben dürfen, sondern ihr Erzeugnis täglich an die Ortsfamillienstelle (Lebensmittelamt.) abzuliefern haben.

Die Kuhhalter wollen sich am Mittwoch, 29. ds. Mts. zwischen 9 und 4 Uhr auf dem Lebensmittelamt einfinden, wofürst ihnen über die Milchmenge, die sie abzuliefern haben, Aufschluß gegeben wird.

Die Verbraucher, welche die ihnen zustehende Menge bislang vom Kuhhalter direkt erhalten haben, müssen ihre Milch ab 1. Februar auf dem Lebensmittelamt abholen.

Abgabe vom Kuhhalter direkt an die Verbraucher ist fernerhin untersagt und strafbar.

Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Freiwillige Feuerwehr, Wildbad.

Sämtliche im Besitz der Angehörigen von gefallen Kameraden, sowie nicht mehr feuerwehrpflichtigen Personen befindlichen Uniformstücke usw. wollen bis

längstens nächsten Samstag

beim Magazin-Berwalter Herrn Schlossermeister Lipps, abgegeben werden.

Das Kommando.

Freiwillige Feuerwehr, Wildbad.

Nächsten Sonntag morgens 8 Uhr treten sämtliche Mitglieder der Feuerwehr, wegen Neu-Einteilung in den Zügen, vor dem Feuerwehr-Magazin an. Anzug: Dienst-Rock und Mütze.

Zugleich haben die, in dieser Woche sich meldenden Kameraden betr. Aufnahme zur Stammliste zu erscheinen. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Das Kommando.



Militär-Verein-Wildbad

Am Sonntag, den 2. Februar 1919 findet die jährliche

Generalversammlung

nachmittags 2 Uhr im Schwarzwaldhotel statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist vollzähliges Erscheinen notwendig.

Der Vorstand.

Druck und Verlag der D. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt, daselbst.



Liederkranz Wildbad.

Am Mittwoch, den 29. Januar findet eine

Generalversammlung

im Gasthaus zum Sternen statt, wozu die aktiven und passiven Mitglieder freundlich eingeladen werden.

Der Ausschuss.

Hausverkauf.

Ein zweistöckiges Wohnhaus mit Laden ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. [220].

Tanzkurs

beginnt heute Abend um 7 Uhr im Hotel Palmengarten.

Zu einer Privatanzstunde werden noch 4 Damen und 4 Herrn gesucht. Näheres E. Gosmann.

